

Volks-Zeitung

Neues Lebensmittelabkommen in Trier. 250 000 Tonnen. — Keine Kreditgewährung.

Die deutschen Gegenwerte.

Der Vorsitzende der deutschen Kommission für Lebensmittelforschung und für Finanzierung, Unterstaatssekretär v. Braun, teilt über die Verhandlungen der letzten Wochen in Spa und Trier mit:

Die Verhandlungen mit den Vertretern Amerikas und der Entente über die Lieferung von Lebensmitteln an Deutschland, die durch die beiden Seiten unerwünschte Begünstigung mit den Waffenstillstandsverhandlungen sehr beeinträchtigt worden sind, haben zu einem greifbaren Ergebnis noch nicht geführt. Es ist zwar ein Abkommen über den Kauf von etwa 30 000 Tonnen Weizen und Speck und 250 000 Tonnen festschmelzender Milch abgeschlossen worden, für welche Mengen von deutscher Seite sofort Bezahlung in Gold und fremden Devisen zugesagt werden mußte. Aber auch die Erfüllung dieses Vertrages, die schon Anfang März erfolgen soll, ist abhängig von der Durchführung der Bedingungen über die vorübergehende Zurverfügungstellung der Handelsflotte.

Bei den Verhandlungen über Weiterlieferungen aber haben sich die feindlichen Vertreter auf den Standpunkt gestellt, daß eine Kreditgewährung aus Deutschland für die Einfuhr von Lebensmitteln ihrerseits ausgeschlossen sei. Solange Deutschland nicht selbst die Zahlungsmittel aufbringen könne, wozu es nach Ansicht der feindlichen Vertreter trotz des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wohl in der Lage sei, bestehe keine Möglichkeit der weiteren Vereinbarung.

Unterstaatssekretär v. Braun begründete den deutschen Standpunkt in einer ausführlichen Rede. Seine Erklärung machte auf die gegnerischen Vertreter einen so starken Eindruck, daß man um deren schriftliche Übermittlung bat, da es für so wichtig halte, daß sie sofort den assoziierten Regierungen übermittelt werden müsse. Trotzdem wurden dann die Verhandlungen am Nachmittag in einem jedenfall formell entgegengesetzten anderen Tone weitergeführt, und es wurden auch Abmachungen über weitere Lebensmittellieferungen im Gesamtbetrag von 235 000 Tonnen zu einem an nähernden Preise von 1 1/2 Millionen Pfund Sterling getroffen. Aber die Gegner hätten offenbar so bindende Bedingungen, unter keinen Umständen die Gewährung des Kreditis in Aussicht zu stellen, daß für die Finanzierung dieser Mengen andere Grundlagen gesucht werden müssen, womit gegenwärtig das Reichsfinanzamt, die Reichsbank und die beteiligten Kreise beschäftigt sind.

Nach den weiteren Mitteilungen des Unterstaatssekretärs v. Braun können wir Lebensmittellieferungen aus Amerika oder aus anderen überseeischen Ländern nur erwarten, wenn wir uns die Zahlungsmittel durch die Realisierung der noch im Zustande befindlichen ausländischen Werte und durch eine möglichst gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren selbst beschaffen. Gewisse Mengen von ausfuhrfähigen Waren, insbesondere Kaffee, Holz, Maschinen usw. sind vorhanden, und darüber laufen die Verhandlungen weiter. Aber die dadurch erzielbaren Einnahmen reichen zur Deckung der für Deutschland im laufenden Jahre notwendigen Lebensmittellieferung bei weitem nicht aus. Wir können uns also nur durch die Heranziehung der ausländischen Werte und durch außerordentliche Ausnahmen der Arbeit auf allen Gebieten retten, die in unseren Bergwerken und Fabrikationsbetrieben liegen, die uns durch Ausfuhr Zahlungsmittel heranzubringen werden. Ohne solche Mittel und ohne daß das Volk sich wieder zur Arbeit aufrafft, ist der Zusammenbruch nicht abzuhalten.

Berlin, 19. Februar.

Die drei alliierten Unterkommissionen für die Schiffahrt, Lebensmittel und Finanzfragen werden, wie die Gegner am 18. Februar in Spa mitteilten, wahrscheinlich am 21. Februar dort eintreffen. Die drei Kommissionen, die über die obengenannten Fragen verhandeln sollen, werden infolge des Zusammenhangs der drei zu treffenden Abkommen gleichzeitig an demselben Orte zusammenzutreten müssen. Die Zahl der deutschen Delegierten, unter denen sich Vertreter fast aller Interessentenkreise befinden, wird mehr als 80 betragen. Dazu kommen noch die Sachverständigen für die Ausfuhrartikel, die Deutschland zum Verkauf anbietet. Da es außerordentlich schwierig sein wird, diese große Zahl von Delegierten in Spa unterzubringen, hat die deutsche Waffenstillstandskommission vorgeschlagen, die Kommissionen für das Schiffahrtsabkommen, das Ernährungsabkommen und das Finanzabkommen an einem anderen, auch für die gegnerischen Vertreter geeigneten Orte, eventuell im neutralen Ausland tagen zu lassen. Um die Einseitigkeit in der Arbeit der Kommissionen sicherzustellen, sind die drei deutschen Unterkommissionen unter einem Vorsitzenden, und zwar unter Dr. Meißner, Professor der Firma Warburg in Hamburg, vereinigt worden. Die deutsche Kommission hat bei den Alliierten angeregt, auch den Vorschlag in ihren Kommissionen ein und derselben Persönlichkeit zu übertragen. Die Antwort des Verbandes auf die deutschen Vorschläge steht noch aus.

Der Warenhausstreik beendet.

Schiedspruch des Demobilisationsamtes.

Nach zwölfstündigen ununterbrochenen Einigungsverhandlungen ist am heutigen Mittwoch, 7 Uhr früh, im Streit der Angestellten der Waren- und Kaufhäuser vom Schlichtungsausschuss des Demobilisationsamtes ein Schiedspruch gefällt worden. Danach wird den Angestellten eine Erhöhung der Gehälter zugesichert. Dem Schiedspruch des Schlichtungsausschusses müssen sich beide Parteien unterwerfen. Die Arbeitnehmervertreter erklärten, ihren Auftraggebern zu empfehlen, heute nachmittag um 3 Uhr die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeitgeber sind zur sofortigen Wiedereröffnung der Geschäfte bereit, sobald die Angestellten zur Arbeit erscheinen.

Die Verhandlungen fanden im Vorfig-Haus in der Chausseestraße unter der Leitung des Geheimen Kommerzienrats Ernst v. Borlig statt. Als offizielle Vertreter der Arbeitgeber traten die Herren Grünfeld, Heiman (Maaßen), Lieb und Herx auf. Von Arbeitnehmerorganisationen waren der Zentralverband der Handlungsgehilfen, der Gewerkschaftsbund kaufmännischer Verbände, das Gewerkschaftsforum kaufmännischer Angestelltenverbände, die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie, der Transportarbeiterverband und die Organisationen der verschiedenen am Streik beteiligten Gruppen gewerblicher Angestellter. Für den Demobilisationskommissar — Oberpräsidenten von Brandenburg — wirkte Rechtsanwält Scholz der Sitzung bei. Zunächst kam es zu einer Debatte über die Forderung des Zentralverbandes, daß die Arbeitgeber mit ihm allein unter Ausschluß der übrigen Angestelltenorganisationen zu verhandeln habe, da der Zentralverband diese Organisationen — als sogenannte gelbe Organisationen betrachte — mit denen er sich nicht an einen Tisch setze. Die Arbeitgeber beharrten auf ihrem Standpunkt, die Verhandlungen zugleich mit allen im Streit befindlichen Angestelltenverbänden zu führen und die Vertreter der anderen Angestelltenorganisationen, namentlich die des Gewerkschaftsbundes, verhandeln zu können. Auf nachdrückliches Eingreifen der Besitzer, namentlich Cohens vom Metallarbeiterverband, erklärten sich die Vertreter des Zentralverbandes und der gewerkschaftlichen Organisationen

zu sachlichen Verhandlungen bereit, so daß jede Angestelltenorganisation berechtigt sein sollte, ihre Forderungen vor dem Schlichtungsausschuss zu vertreten, in der Voraussetzung, daß ein alle beteiligten Organisationen betreffender gleichzeitiger Schiedspruch erzielt werde. Die Arbeitgeber erklärten sich mit diesem Vorschlag einverstanden und ebenso wie die Arbeitnehmer bereit, sich dem Schiedspruch zu unterwerfen. Die anwesenden Organisationsvertreter gaben dann nach einer internen Besprechung die Erklärung ab, daß sie sich für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit einsetzen würden, wenn die Arbeitgeber sich bereit fänden, die bisher ausgesprochenen Rückbedingungen und Entlassungen zurückzunehmen. Maßregelungen wegen der Teilnahme am Streik nicht stattfinden zu lassen und die Streiktage für alle am Streik Beteiligten zu bezahlen. Sie verlangten weiter, daß die Verhandlungen über das Gehaltsprovisorium der Handlungsgehilfen sofort zu Ende geführt werden, die Verhandlungen mit den übrigen Gruppen in den nächsten Tagen, so daß spätestens in 8 Tagen der Schiedspruch gefällt werden müsse, der rückwirkende Kraft bis zum 1. Januar 1919 haben sollte. Kollektivverträge sollten bis spätestens 15. März abgeschlossen sein. Um 1/2 Uhr nachts wurde dann folgender

Teilschiedspruch

gefaßt:

Die Zugeständnisse der Arbeitgeber sollen vom 1. Januar ab gelten. Über die Bezahlung der Streiktage soll erst das Endurteil entscheiden. Die Frist für den Abschluß der Tarifverträge wird bis zum 31. März hinausgeschoben. Die Streitigkeiten sind sofort nach Zustimmung der Streitenden zur Entscheidung zu bringen.

Sodann wurde endlich in die Verhandlungen über das Gehaltsprovisorium eingetreten, das übereinstimmend sowohl vom Zentralverband wie vom Gewerkschaftsbund gefordert wurde. Dieses Provisorium steht in der Hauptkategorie Gehaltszuschläge ab 1. Januar in folgender Höhe vor: bis zu 250 Mark 100 Mark monatlich, von 251 bis 400 Mark 75 Mark und von 401 bis 600 Mark 50 Mark. Die Arbeitgeber legten dagegen einen Entwurf für die Festlegung gefasster Mindestgehälter vor. Da eine Einigung nicht zu erzielen war, zog sich das Schiedsgericht zur Beratung zurück, konnte jedoch trotz zweifelhafter Beratung zu einer Entscheidung nicht gelangen. Infolgedessen übernahm nun Rechtsanwält Scholz als Beauftragter der sich demobilisationskommissar als Vorsitz in der sich unmittelbar an die ergebnislose Sitzung anschließenden Verhandlung, die auf Grund des Gesetzes zur endgültigen bindenden Entscheidung berufen ist. Nach lebhaften Erörterungen ermäßigte schließlich der Zentralverband seine Forderung auf eine monatliche Zulage von 50 Mark für alle Gehaltsklassen während die Arbeitgeber zunächst für Gehälter bis zu 250 Mark 50 Mark und für die höheren Gehälter 40 Mark, jedoch mindestens 300 Mark, später dann die 50 Mark bei Gehältern bis zu 300 Mark zugestanden. Eine Einigung war auch hier nicht zu erzielen, so daß das Schiedsgericht entscheiden mußte. Um 7 Uhr früh wurde dann nachstehender

einstimmig gefasster Schiedspruch

verkündet:

Für Lehrlinge und jugendliche Angestellte bis zum 17. Lebensjahre ohne Unterschied des Geschlechts sind im 1. Jahre 60, im 2. 75, im 3. 100 Mark zu zahlen. Bis zum Abschluß der Tarifverträge sind bei Gehältern bis zu 300 Mark 50 Mark, bei höheren Gehältern bis zu 600 Mark monatlich 40 Mark

Schwarz-rot-gold.

Der Staatenansatz beschloß gestern abend, daß die Schwarz-rot-goldene Flagge in Deutschland als Nationalfarben eingeführt werden sollen.

Der Terror im Westen.

Die Generalstreikthese im Ruhrrevier.

Neder die Lage im Ruhrrevier liegen noch keine Nachrichten vor, aus denen man auf ein baldiges Erlöschen der Bewegung schließen könnte. Vielmehr verstärkt sich der Eindruck, daß die Unruhen mit ihren Folgen auf die Gewalttaten weniger parteilicher Helfer zurückzuführen sind, mit denen die Unabhängigen verschiedene Orte in Hand gehen. Die Regierung hat versprochen, den Ruhestörern, die mit ihrer neuesten Aktion einen Anschlag gegen den letzten Weiser unterer Existenz verüben, mit allen Mitteln zu begegnen. Es hat sich gezeigt, daß mit Verhandlungen im wilden Westen ebenfalls zu erreichen ist, wie in Berlin und Bremen zu erzielen war, und so entsteht die Notwendigkeit, mit militärischem Nachdruck die Ordnung wiederherzustellen. Die Regierung braucht sich nicht zu scheuen, einzugreifen; denn die Machtmittel sind von den Terroristen zuerst zur Entscheidung angerufen worden. Wir hoffen, daß es möglich sein wird, die vernichtenden Schäden abzuwehren, die aus einem längeren Andauern der Unruhen hervorgehen müssen. Die Entente droht mit der Besetzung des Industriebezirks, und wenn diese zur Wirklichkeit würde, dann wäre uns die letzte Möglichkeit zu einem Wiederaufbau des vernichteten genommen und die Stilllegung der gesamten deutschen Industrie mit Arbeitslosigkeit und Hunger not wäre die Folge. Die letzten Gemengungen der Regierung vor einem energischen Eingreifen dürften von der Stunde an fortgefallen sein, wo es sich erwies, daß das ganze Umfeld von ein paar Duzend Hecken heraufbeschworen wurde, denen die Hunderttausende vernünftiger Arbeiter gegenüberstehen.

Essen, 19. Februar. (Privat.)

Die Streiklage im Ruhrrevier hat heute eine wesentliche Veränderung erfahren. Die Zahl der infolge des Aufrufes ganz oder teilweise stillliegenden Schichtanlagen ist auf 63 gestiegen. Heute hat sich der Streik namentlich im Bochumer, Wanner und Recklinghauser Revier ausgedehnt, während im Essener Revier auf vier Zechen die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Der Hasardspieler.

Der Briefwechsel Hindenburg-Scheidemann.

Die „P. P. N.“ schreiben: Da in der Presse mehrfach die Veröffentlichung des Briefes des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg an den Ministerpräsidenten Scheidemann gewünscht wird, erfolgt sie hier zugleich mit dem Antwortschreiben Scheidemanns:

Großes Hauptquartier, 16. 2. 1919
Guer Eggenzell

haben in der Sitzung der Nationalversammlung vom 12. 2. 1919 den General Ludendorff als „Hasardeur“ bezeichnet. Mich und viele andere, die dem General Ludendorff treu ergeben sind, hat diese Art — von verantwortlicher höchster Reichsstelle gesprochen — sehr verletzt. General Ludendorff ist ein glühender Patriot und hat nur das Beste für das deutsche Volk in seiner kraftvollen Art erstrebt. Das gewissenlose oberflächfertige Wesen eines Hasardeurs liegt ihm ganz fern. Ich kann nicht annehmen, daß Guer Eggenzell meinem treuen Mitarbeiter in schwerer Kriegszeit, für dessen Tun ich mitverantwortlich war, das reine und ernste Wirken für das Vaterlandes Wohl absprechen wollen.

Mit der Versicherung meiner Hochachtung habe ich die Ehre zu sein
Guer Eggenzell ergebener
v. Hindenburg, Generalfeldmarschall.

„Zurzeit Weimar, den 19. Februar 1919.
Guer Eggenzell

Darf ich mir Bedauern darüber aussprechen, daß meine Neußerung über General Ludendorff Guer Eggenzell verletzt hat. In der Sache selbst kann ich aber von meinem Wort nicht abgehen. Hasardeur nenne ich den Mann, der alles auf eine Karte setzt, ohne die Folgen zu bedenken, die ein Verlegen dieser Karte nach sich zieht. Das General Ludendorff in dieser Weise behandelt hat, davon habe ich mich als Parlamentarier und erst recht als Mitglied des Kabinetts des Prinzen Max überzeugen können. Ich dürfte um so mehr von einem „genialen Hasardeur“ sprechen, als General Ludendorff, wie allgemein bekannt ist, am 1. Oktober 1918 selbst erklärt hat: „Ich komme mir vor wie ein Hasardspieler.“

Ich bleibe mit der Versicherung meiner Hochachtung
Guer Eggenzell ganz ergebener
Philipp Scheidemann.

